

## Beweislast umkehren

PETER STUCKHARD

Menschen machen Fehler. Eine überaus banale Feststellung, klar. Und doch war ihre Gültigkeit lange Zeit im kollektiven Bewusstsein der Ärzteschaft unterentwickelt. Da war im Zweifelsfall gerne mal das Schicksal verantwortlich, wenn der Chirurg das falsche Bein amputierte. Das hat sich in jüngster Zeit merklich geändert: Die Ärzteschaft nimmt Behandlungsfehler nicht länger als unvermeidliches Nebenprodukt ihres Tuns wahr, sondern thematisiert sie und entwickelt Strategien, die Fehlerrate zu verkleinern.

Ist ein Malheur passiert, nutzt es dem Patienten dennoch zu oft nichts, dass sein Behandler darum weiß. Der riskiert nämlich seinen Versicherungsschutz, wenn er Fehler

einräumt. Immer mehr Ärzte tun es dennoch und stellen fest, dass sie damit bei ihren Patienten auf oft unerwartet großes Verständnis stoßen. Zum Glück sind die meisten Fehler ja auch zu heilen.

Richtig ist allerdings, dass es Patienten viel zu schwer haben, gegen hartleibige Versicherungen zu klagen, weil sie die Beweislast tragen und sich die Versicherungen jeden Obergutachter leisten, man ist versucht zu sagen „kaufen“, können. Da ist Brüssel auf der richtigen Fährte. Der Klageweg muss Patienten durch die Umkehr der Beweislast von einem bestimmten Punkt an erleichtert werden.

Sie erreichen den Autor unter [peter.stuckhard@ihr-kommentar.de](mailto:peter.stuckhard@ihr-kommentar.de).

Rüge für Clement

## Begrenzte Solidarität

BERNHARD HÄNEL

Lediglich eine Rüge kostete Wolfgang Clement sein indirekter Wahlauftrag gegen die hessische SPD. Er nahm's gelassen hin, zumal längst klar war, dass die Parteiführung den Deckel zumachen wollte über dem Konflikt.

Mit diesem Schiedsspruch ist mehr entschieden als die Causa Wolfgang Clement. Die SPD hat eine Richtungsentscheidung getroffen: Der rechte Parteiflügel hat der Linken unmissverständlich klargemacht, dass sie nur mit begrenzter Solidarität rechnen darf.

Clements flotte Sprüche ge-

gen die energiepolitischen Vorstellungen der hessischen SPD dürften Andrea Ypsilanti jene entscheidenden Prozentpunkte gekostet haben, die ihr an einer gestaltenden Mehrheit im Landtag fehlten. Wortbruch und das anschließende Desaster wären der SPD erspart geblieben.

Nun also zeigt die SPD klare Kante und lässt am Rande nicht wenige Enttäuschte zurück. Geschlossenheit sieht anders aus.

Sie erreichen den Autor unter [bernhard.haenel@ihr-kommentar.de](mailto:bernhard.haenel@ihr-kommentar.de).

■ Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel verbindet mit Wirtschaftsminister Michael Glos ein „sehr enges und belastbares Verhältnis“, versichert der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg. Politisch ist das von wenig zu spüren. Während Glos und mit ihm die gesamte CSU weiter auf sofortige Steuersenkungen pochen, bleibt die Bundeskanzlerin hartnäckig bei ihrem Nein.

Für Merkel kämen Steuerentlastungen erst nach der nächsten Bundestagswahl in Betracht, sagt Steg. Die Bundesregierung denke auch „definitiv nicht daran, die Mehrwertsteuer zu senken“. Die Briten hatten angekündigt, noch vor Weihnachten die Mehrwertsteuer von 17,5 auf voraussichtlich 15 Prozent zu senken. Das halten auch in Deutschland einige für eine gute Idee. Der Wirtschaftsweisenrat plädiert beispielsweise für eine Senkung um zwei bis drei Prozentpunkte, sofern dieser Schritt zeitlich befristet ist.

Auch Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW), will die Folgen der Wirtschaftskrise mit einer direkten Finanzspritze an die Bürger eindämmen. Transparenter und spürbarer als eine Senkung der Mehrwertsteuer sei die Abschaffung der Solis, findet Hüther. Bei einem sofortigen Wegfall des Solidaritätszuschlags wanderten rund 12,5 Milliarden Euro in die Portemonnaies.

Die Steuern zurückfahren möchte auch die Union. Sie strebt einen niedrigeren Tarifverlauf bei der Einkommensteuer an. Doch die CDU will sich dies als Forderung für den kommenden Bundestagswahlkampf als besonderes Bonbon aufheben. Derzeit wäre eine solche Politik auch nicht durchsetzbar, weil die SPD eine Steuersenkung auf Pump ablehnt, wie Generalsekretär Hubertus Heil bekräftigt. Die Sozialdemokraten befürchten, dass Steuergeschenke nicht den Konsum anregen, sondern eher zur Erhöhung der Sparquote beitragen. Außerdem will sich die SPD nicht gänzlich vom Ziel der Haushaltskonsolidierung verabschieden. Auch in der CDU gibt es

# Erneut gerät der BND ins Zw

Das Wesen von Geheimdiensten ist die Verschwiegenheit. Niemand soll wissen, was Nachrichtendienste im Verborgenen tun, und nie darf an die Öffentlichkeit kommen, wer für sie arbeitet. Auch gestern wurde in eleganten Redewendungen nichts gesagt. Was hat der Bundesnachrichtendienst von dem Sprengstoffanschlag gewusst, der in der vorvergangenen Woche auf die EU-Vertretung in der Kosovo-Hauptstadt Pristina

Der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg stellte vor der Bundespressekonferenz klar, es wäre „absurd und abwegig“ anzunehmen, dass die Bundesrepublik Deutschland in terroristische Anschläge im Ausland verwickelt sein könnte.

Wer aber sind die drei Deutschen, die sich am Tatort aufgehalten haben? Die Bild-Zeitung berichtet, die Verdächtigen seien Angehörige der Bundeswehr, die sich der BND zur Auf-

## HINTERGRUND

■ Berlin/Pristina (dpa). Die Aktivitäten mutmaßlichen Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) im Kosovo geben auch nach dem Anschlag auf die dortige EU-Vertretung weiter Rätsel auf. Gerd Reuter berichtete

wollte sich nicht zum „Status“ der drei Deutschen äußern. Aufgaben u

Es könne davon ausgegangen werden, dass es sich nicht um festangestellte Angehörige des wird öffentlic  
Diese Res  
meist über ei  
von Inform